

## **Aktionsbündnis „Kommunen in Not“**

### **Gemeinsame Erklärung**

#### **des Oberbürgermeisters der Stadt Ulm und ver.di, Bezirk Ostwürttemberg-Ulm**

Die seit Jahren strukturelle Unterfinanzierung der Kommunalen Haushalte und die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gefährden die kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge. Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland stehen in der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte und nach den Ergebnissen der Steuer-schätzung vom Frühjahr 2010 werden die Steuermindereinnahmen der Kommunen in den kommenden zwei Jahren dramatische Ausmaße annehmen.

Auf diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass in der laufenden Steuerrechtsdiskussion vorrangig über eine Abschaffung der Gewerbesteuer debattiert wird, anstatt sich darauf zu konzentrieren, den Kommunen die Finanzmittel zu erschließen, die zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben benötigt werden.

Selbstverwaltete Kommunen in Deutschland sind wichtige Eckpfeiler der Demokratie und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Die kommunale Selbstverwaltung entscheidet über die Ausgestaltung der lokalen Angebote der Daseinsvorsorge. Die öffentlichen Leistungen, die die Bürgerschaft wahrnimmt, werden fast ausschließlich von den Städten bereitgestellt oder von ihnen durch Zuschüsse initiiert: Sei es der öffentliche Nahverkehr, die Kindertagesstätten, Schulen, Bäder, das Theater und andere kulturellen Angebote, die Sportförderung, der Feuerschutz, sozialer Wohnungsbau, die Instandsetzung von Straßen, Wegen, Plätzen, usw. Erst die Summe dieser Angebote schafft das, was wir alle zu Recht von unserer Stadt erwarten: ein modernes und qualitativ hochwertiges Dienstleistungsangebot. All dies ist aber nur möglich, wenn den Kommunen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Kann dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten werden, erodiert das Vertrauen in Staat und Demokratie, weil berechnete Erwartungen nicht mehr oder nur noch unzulänglich berücksichtigt werden. Dies wird für das Zusammenleben in der Stadt weitreichende Folgen haben: Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen, Konflikte zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt. Wenn die elementare Aufgabe des Sozialstaates, nämlich annähernd gleiche Chancen und Lebensbedingungen für die Menschen herzustellen, dem Finanzdiktat zum Opfer fällt, bedeutet dies das Ende der Demokratie.

Es wird nicht gelingen, die jetzt prognostizierten Steuermindereinnahmen der öffentlichen Haushalte durch Konsolidierung auch nur annähernd auszugleichen. Dennoch glaubt die schwarz-gelbe Bundesregierung, auf die Gewerbesteuer, die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer, verzichten zu können. Das Gegenteil ist der Fall: Damit wird die kommunale Handlungsfähigkeit gänzlich eingeschränkt und es droht ein Ende der kommunalen Selbstverwaltung und damit das Ende eines Kernstücks unserer Demokratie. Deshalb fordern die Unterzeichner dieser Erklärung:

- Eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die nicht vorrangig an privater Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern an der Frage ihres Nutzens für unsere Gesellschaft und deren Menschen.
- Eine aufgabengerechte und stabile Finanzausstattung der Kommunen.
- Den Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer.